

ADRA-Präsident: Armut oft Vorläufer von religiöser Verfolgung

„Wenn es unser Ziel ist, Verstöße gegen die Religionsfreiheit zu bekämpfen, müssen wir bei der Bekämpfung der Armut anfangen“, sagte Duffy. Er referierte zum Thema „Religionsfreiheit in Konflikt- und Krisengebieten: gefährdete Minderheiten schützen“. Duffy wies laut ADRA International auf den Zusammenhang zwischen Armut und religiös motivierter Gewalt hin. Armut sei häufig ein Vorläufer religiöser Verfolgung, da sich die Mehrheit in Zeiten extremen sozialen und wirtschaftlichen Drucks gegen Minderheiten als Sündenböcke wende.

Als Beispiel führte Duffy den Bundesstaat Rakhaing in Myanmar an, die Heimat der Rohingyas. Laut Weltbank sei dies der ärmste Bundesstaat des Landes, in dem die Armutsquote doppelt so hoch wie sonst in Myanmar sei und 80 Prozent der Bevölkerung in Armut lebe. Durch die Verbesserung der wirtschaftlichen Bedingungen könne das Aufflammen extremer religiöser Gewalt verhindert werden, so Duffy.

Am Ministerialgipfel nahmen auch US-Außenminister Mike Pompeo, die Sprecherin des US-Repräsentantenhauses Nancy Pelosi, der US-Gesundheitsminister Alex Azar, sowie Lord David Alton, ehemaliger Parlamentarier des Vereinigten Königreichs und Menschenrechtsaktivist, teil.